DIE
REPUBLIKANER

Republikaner im Kreistag

HH-Rede Kreistag am 29.10.2015

Anrede

Verweis auf kurze Redezeit

Ich würde gerne ausführlich über Themen, wie Konsolidierung **Kreisjugendring**, **Schulsozialarbeit,**
Inklusion, Breitbandausbau, Weiterführung S 2 Neuhausen ins Neckartal oder **Pflegeheime** reden.
Jedes Thema wäre dies wert. (Verweis auf 12 HH-Anträge zu dieser und ähnlicher Thematik).

Herr Landrat hat bei der HH-Einbringung das **Asyl-Thema** als das **Megathema** der **Kreispolitik** der nächsten Jahre bezeichnet.
Deshalb werde ich darauf auch meinen Schwerpunkt legen.

Bundeskanzlerin **Merkel** hat mit ihren Postulaten – „das Asylrecht kennt keine Obergrenze" und „Grenzsicherung ist nicht möglich" eine **Zuwanderungsdynamik** in einer vernetzten Welt ausgelöst, die seit der Vertreibung der Ostdeutschen nach dem 2. Weltkrieg ihresgleichen sucht.
Dadurch hat sie nicht nur **Unfrieden** in unserem Land ausgelöst; sie steht auch verfassungsrechtlich auf sehr dünnem Boden.
Zahlreiche **Verfassungsrechtler**, wie Prof. Scholz, haben klargestellt, dass das individuelle Asylgrundrecht bei Einreise aus sicheren Staaten, z.B. EU-Staaten, nicht gilt.
Seit 1993 schränkt Absatz 2 des Art. 16 a GG den Grundrechtsschutz nämlich drastisch ein.
Verfassungsrechtlich ist also klar, dass der deutsche Staat keineswegs **schutzlos und hilflos** der Zuwanderungswelle gegenüberstehen muss.

Die Einreise aus allen Nachbarstaaten wird nicht durch das Asylbegehren gedeckt und ist somit illegal. Sie geschieht dennoch massenhaft und wird geradezu gefördert.

Obwohl Deutschland nach den grundgesetzlichen Regelungen kein Einwanderungsland ist, wird seit ca. zwei Jahrzehntenvon einer starken Lobby propagiert, Deutschland sei ein Einwanderungland und brauche Einwanderer als Arbeitskräfte jetzt und vor allem wegen der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung in Zukunft.
Dies wäre in einem kleinen Umfang plausibel,wenn nur **hochqualifizierte Fachkräfte** ins Land kämen.
Dies gilt aber für die **jetzige Einwanderungswelle weitgehend nicht.**
Die bayrische Wirtschaftsministerin **Aigner** äußerte am 18.September , „die Geschichte vom gut ausgebildeten Flüchtling stimmt nicht";
Aigner wäh Mehr als ein Drittel der Asylbewerber hat gar keine oder nur Grundschulausbildung und die Zahl der Analphabeten ist hoch.
So kommt Frau Aigner zum Ergebnis: „Wir brauchen kein Geld zum Fenster rauszuwerfen - etwa für ausbildungsbegleitende Maßnahmen, wenn das sprachliche Rüstzeug nicht da ist."
Auch Bundesarbeitsministerin **Nahles** hält nur **10% der Asylbewerber** für schnell in den Arbeitsmarkt integrierbar."

Der Herr Landrat hat in seiner HH-Rede die Verbesserung der **Sprachförderung** angesprochen. Wir Republikaner wollen sichergestellt wissen, dass die Mittel nur bei Personen verwendet werden, wo eine gewisse **Bildungschance** gegeben ist.

Von Teilen der **Wirtschaft** wird Druck auf die Politik und die Öffentlichkeit mit Hinweis auf einen angeblichen oder tatsächlichen Fachkräftemangel gemacht.
Die enstehenden Kosten soll aber wie bisher die öffentliche Hand tragen. Dies ist nicht länger akzeptabel.

Wir Republikaner schlagen deshalb folgendes **Modell** vor, das einen **fairen Interessenausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern von Zuwanderung gewährleistet**.

Modell:
Der Zuwanderer (wenn Fachkraft) hinterläßt in seinem **Heimatland** eine Lücke, was der dortigen Entwicklung schadet. Deshalb zahlt der **aufnehmende Betrieb einen Beitrag in einen Fonds,** welcher der Förderung des lokalen Handwerks im Abgabeland dient (evt. Über GTZ).
Keine Überweisungen an lokale Regierungen aus bekannten Gründen.

Der **aufnehmende Betrieb** zahlt ferner eine Art Rücklage an die **Arbeitslosenversicherung** für den Fall einer Arbeitslosigkeit. Sollte der Zuwanderer nach 5 Jahren noch im Betrieb arbeiten, geht die Rücklage wieder an den zahlenden Betrieb zurück.
Dann kann von einer gelungenen Integration in den Arbeitsmarkt ausgegangen werden.

Mir einem solchen Modell könnten auch die **Forderungen aus der Wirtschaft** auf ein **realistisches Maß** zurückgeschraubt werden.

Meine Damen und Herren,
die Asylwelle gefährdet den inneren Frieden im Land.

Auf der **einen Seite** gibt es gutmeinende Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich helfen, die aber mit ihren Kräften an ihre Grenzen kommen.
Dies gilt z.B. für die Mitarbeiter in den Asyleinrichtungen.

Andererseits wächst die Zahl der Bürger, die sich nicht mehr von der politischen und medialen Klasse vetreten fühlt, die abends keine Tagesschau mehr sehen wollen und eine Überforderung unserer Gemeinschaft befürchten.
Wir dürfen bei diesen Bürgern auch nicht den Eindruck erzeugen, dass ihre Anliegen, wie z.B. der **Sportunterricht an Schulen** oder die Einhaltung von **Umweltnormen bei Bauvorhaben** nur **drittrangig** sind.

Ich warne davor diese Bürger zu diskriminieren und in die rechte Ecke zu stellen.
Dann werden wir einen **„Radikalismus der Mitte"** erleben, der unser Land grundlegend verändern wird.

Es gilt das gesprochene Wort

Ulrich Deuschle, Kreisrat

Oberboihingen, 29.10.2015

DIE
REPUBLIKANER

Republikaner im Kreistag

Anträge der Republikaner zum Kreishaushalt 2016 und zur mittelfristigen Finanzplanung

1. **Konsolidierung Kreisjugendring (KJR) – Aktueller Stand**

Bericht über die Ergebnisse des am 13.5.2015 eingesetzen Konsolidierungsausschusses
Was beinhaltet das vorgesehene Organisationsmodell, das auch den Einfluss der Kommunen abbilden soll, konkret ?
Welche Mittel aus den genehmigten außerplanmäßigen Aufwendungen von bis zu 500 000 € wurden bisher und für welche Anlässe ausgegeben ?
Wie siehr derweitere Konsolidierungsfahrplan aus ?

2. **Förderung Schulsozialarbeit von 1,5 auf 1 Mio € reduzieren**

Die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Jahre 2011 bis 2013 sind vollständig aufgebraucht .Dies wäre ein guter Anlass die Schulsozialarbeit und deren jeweilige Notwendigkeit einer Überprüfung zu unterziehen.
Es ist ein Armutszeugnis der Bildungspolitik, wenn in einem Landkreis wie Esslingen fast 90 Vollzeitstellen, und dann auch noch in allen Schularten, für erforderlich gehalten werden.

3. **Inklusion – Anmeldungen an Sonderschulen**

Ab Schuljahr 2015 / 2016 ist die Sonderschulpflicht aufgehoben und die Eltern haben ein Wahlrecht. Lassen sich aus der Zahl der Anmeldungen schon erste Schlüsse ziehen, wie das Wahlrecht ausgeübt wird. Ein Bericht wird erbeten.

4. **Schnellerer Breitbandausbau für Gewerbe und Haushalte**

Die Bestandsaufnahme der Breitbandinfrastruktur im Kreis hat große Unterschiede gezeigt. Vor allem im südlichen Kreisteil gibt es noch erhebliche Defizite. Die europaweite Ausschreibung der Backboneplanung verzögert die Planung bis mindestens ins Jahr 2017. Dies ist aber für das lokale Gewerbe und auch für Haushalte nicht tragbar.
Gibt es Möglichkeiten für schnellere Teillösungen ?
Wie arbeiten andere Landkreise, z.B. der Landkreis Karlsruhe-Land, der eine eigene Kabelgesellschaft gegründet hat ?
Gibt es bei uns Gespräche mit Stadtwerken über Kooperationen ?

5. **NT-Kennzeichen – Kosten-/ Erträgnis-Vergleich**

Vor Einführung der NT-Kennzeichens gab es unterschiedliche Auffassungen über das Interesse der Kreisbürger an dem Projekt, sowie über Kosten und Erträge.
Wieviel NT- Kennzeichen wurden seit der Wiedereinführung vergeben ?
Welche Kosten sind dem Kreis entstanden ?
Welche Erträge hat der Kreis erwirtschaftet ?

6. **Aufstellung von Toiletten in Abfall-/ Recyclinghöfen des Landkreises**
Die Antragsteller haben durch ihr Engagement in Hochdorf und Kirchheim die notwendigen WC-Anlagen veranlasst. Davon profitieren vor allem die dort arbeitenden Damen.

7. **Dispogebühren bei der Kreissparkasse Esslingen senken**
Die Antragsteller haben diesen Antrag bereits im Vorjahr gestellt. Die Situation hat sich leider nicht verändert. Immer noch zahlen Kunden Dispo-Gebühren von über 10%, obwohl EZB und Bundesbank ihre Finanzmittel praktisch kostenlos bekommen.
Mit den Gebühren werden auch sozial Schwache getroffen.
Auch mit einem niedrigeren Zinssatz kann die KSK ihr kulturelles Engagement unverändert fortsetzen.
Die Antragsteller möchten auch wissen, ob die vom Kreistag gewählten Verwaltungsräte, wie letztjährig angeregt, das Thema im Aufsichtsrat angesprochen haben und was dabei herausgekommen ist.

8. **Machbarkeitsstudie zur Weiterführung der S 2 von Neuhausen ins Neckartal**
Auch dieser Antrag wurde schon im letzten Jahr gestellt. Als neues Argument kommt nun hinzu, dass die GVFG- Finanzierung über 2019 hinaus gesichert ist.
Die Zuständigkeit des VRS ist wohl bekannt. Der Landkreis muss aber Interessenpolitik pro Weiterführung ins Neckartal machen. Sonst bewegt sich nichts, da noch andere Projekte in der Region diskutiert werden.
Eine Machbarkeitsstudie, ggfs.vom Landkreis finanziert, könnte einen notwendigen Schub geben.

9. **Investitionsprogramm für kleinere Pflegeheime**
Bei kleineren, wohnortnahen Pflegeheimen besteht oft das Problem, dass sie sich wirtschaftlich „nicht richtig lohnen". Den Bürger in den kleineren Gemeinden soll trotzdem ermöglicht in der Nähe ihrer Heimat ihre Lebensabend zu verbringen.
Eine gewisse Mitfinanzierung durch Kreis / Gemeinde im investiven Bereich könnte Investoren bei ihrer Entscheidung unterstützen.
Dies könnte auch ohne ein entsprechendes Landesprogramm erfolgen.

10. **Sicherstellung des Sportunterrichts an kreiseigenen Schulen**
Die schwierige Unterbringungssituation von Asylbewerbern darf nicht dazu führen, dass der Sportunterricht an den kreiseigenen Schulen nicht mehr oder nur noch unzureichend stattfindet.
Die Antragsteller möchten einen Bericht über die aktuelle Situation und konkrete Lösungsvorschläge.

11. Betreuungssituation von Asylbewerbern

Die vom Landkreis mit der Betreuung beauftragte Arbeiterwohlfahrt (Awo) möchte die Betreuung von Asylbewerbern drastisch einschränken. So sollen die Sprechzeiten in den Einrichtungen erheblich reduziert werden.
Ist damit noch eine vernünftige Betreuung möglich ?
Gibt es Alternativen zur Awo und was plant der Landkreis diesbezüglich ?

12. Erkrankungen in Asylunterkünften

Welche ansteckenden Krankheiten treten in Asyleinrichtungen des Landkreises auf und wie wird eine Behandlung sichergestellt ?
Gibt es Ärzte, die sich auf die Behandlung von Asylbewerbern spezialisiert haben und wie wird diese Dienstleistung vergütet ?
Sind Fälle bekannt, dass Asylbewerber aus den Erstaufnahmezentren ohne nähere Untersuchung mit hochinfektionellen Krankheiten in Einrichtungen des Landkreises verlagert wurden und dass diese Krankheiten erst von Hausärzten diagnostiziert wurden ?

13. Kreisumlage auf 34,5 % festlegen

Die Risiken im Kreishaushalt sind aufgrund der Asylsituation offensichtlich. Zusätzlich dürfen notwendige Investitionen nicht ständig verschoben werden. Der vermeintliche „Ausweg" in eine weitere Verschuldung darf nicht beschritten werden. Deshalb ist eine Rücklage von 1% Kreisumlage (ca. 6,8 Mio €) anzulegen.

Deuschle, Reichle

Esslingen, 29.10.2015